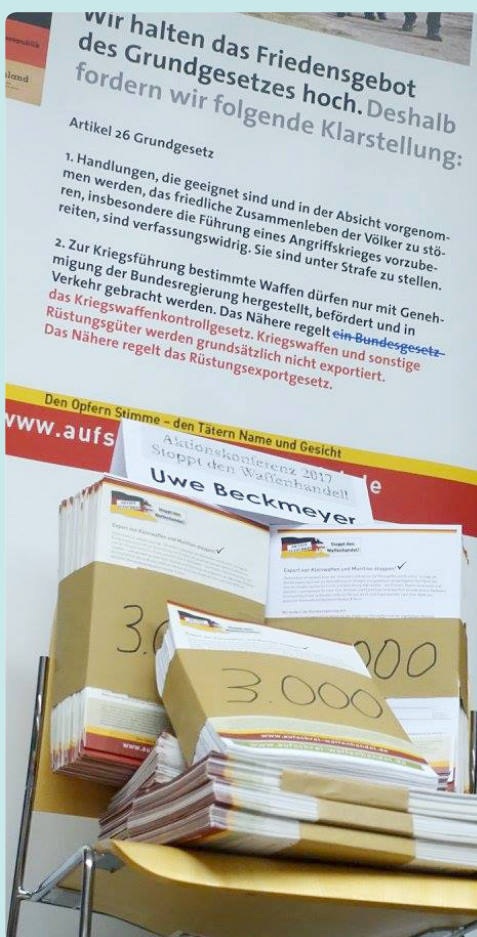




Stoppt endlich den Waffenhandel! Aktionskongress in Frankfurt a.M.



Liebe Leserinnen und Leser,

wir brauchen Frieden, wenn Kinder und Erwachsene Opfer eines Giftgasangriffs in Syrien werden.

Wir brauchen Frieden – angesichts der zugespitzten Lage durch den Militärschlag von Präsident Trump in Syrien und der möglichen Reaktion von Russland.

Wir brauchen Frieden – wenn Menschen Opfer werden durch Terrorakte wie in Stockholm.

Wir brauchen Frieden – und Menschen, die Zivilcourage zeigen, gegen rechte Meinungen und rechtsextreme Strömungen in der Gesellschaft aufstehen und sagen, es reicht.

Wir brauchen Frieden und die Unterstützung und den Einfallsreichtum von überzeugten Friedensstiftern wie Ihnen, die auch in diesem Jahr unbeirrt auf den Ostermärschen nah und fern zu finden waren, sodass die Osterbotschaft eine politische Dimension bekommt.

Wir kommen dem Frieden einen Schritt näher, wenn wir aufstehen, Widerstand leisten und bekennen, dass wir dies in der Nachfolge von Jesus von Nazareth tun, denn er ist wahrhaftig auferstanden!



Ihre

Susanne Hellstern

Susanne Hellstern

Mitglied der Rundbrief-Redaktion

Zur Titelseite:

Oben: Protestaktionen des Aktionskongresses auf dem Römerberg in Frankfurt.

Unten links: Ausgefüllte Unterschriftenlisten gegen den Export von Kleinwaffen und Munition auf dem frei gebliebenen Stuhl von Staatssekretär Uwe Beckmeyer.

Unten rechts: Eine Stelzenläuferin, als Friedenstaube verkleidet, brachte die Hoffnung auf Frieden künstlerisch zum Ausdruck.

(Fotos S. 1–4: Die Rechte liegen bei der Deutschen Sektion von pax christi)



1

Stoppt endlich



4

1 Mit den Holzpanzern »Legt den Leo an die Kette« konnten Fotos gepostet werden: eine Möglichkeit für Passanten, sofort aktiv zu werden. 2 Jürgen Grässlin, einer der Sprecher der »Aktion Aufschrei«, bei seiner Rede vor dem Frankfurter Rathaus. 3 Kunstprojekt: Die sieben goldenen Nasen der Rüstungsindustrie vor der Hochschule St. Georgen. 4 Die Kommission Rüstungsexport von pax christi hatte den Kongress vorbereitet; v.l.: Karl-Heinz Wiest, Verena Nerz, Harald Hellstern, Fabian Sieber und Christine Hoffmann. 5 Holger Rothbauer (Mitte) wird von den »Aktion Aufschrei«-Stelzenläufern »abgestaubt«. 6 Christian Artner-Schedler von pax christi Augsburg zersägt öffentlichkeitswirksam eine Nachbildung des G3-Gewehrs.

Am 3. und 4. März fand in Frankfurt/St. Georgen und auf dem Römerberg die Aktionskonferenz 2017 »Stoppt den Waffenhandel!« statt. Diese nahm sich vor, den Waffenhandel als Thema im Bundestagswahlkampf zu setzen und Beispiele der Gegenwehr und des Widerstandes gegen die desaströse Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung kennenzulernen, Ideen zu entwickeln und sie zu Hause im Wahlkampf umzusetzen. Vorbereitet und organisiert wurde sie von der pax christi Kommission Rüstungsexport.



2



3

den Waffenhandel!



5



6

Etwa 170 Teilnehmende hatten sich am Freitagabend zur Eröffnung in der Hochschule St. Georgen eingefunden. Eingestimmt wurden sie vom Liedermacher Ralf Glenk aus Spiegelberg.

Aufsehen erregte die Botschaft des Nuntius an die Friedensstifter, in der er ermutigte: »Die christliche Botschaft ist also insgesamt eine Einladung zur Gewaltfreiheit, die zum Stil einer neuen Politik für den Frieden und zu einem entschiedenen Lebensstil zu führen vermag.« Weiter hieß es in seinem Schreiben: »Die Zunahme der gewalttätigen Auseinandersetzungen führt dazu, dass die Waffenproduktion und deren Exporte zunehmen und einen Ritus der Gewalt schaffen, dem entschieden widersprochen werden muss.«

Nach diesen deutlichen Ermutigungen wurde in Diskussionsrunden mit unterschiedlicher Besetzung die Frage »Wie reduzieren wir den Rüstungsexport?« von Moderator Andreas Zumach gestellt und kontrovers erörtert. Da der parlamentarische Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums, Uwe Beckmeyer, SPD, aus terminlichen Gründen verhindert war, wurden die bisher gesammelten Unterschriften gegen Kleinwaffenexporte stellvertretend um einen Stuhl mit seinem Namensschild platziert.

Jürgen Grässlin, einer der Sprecher von »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«, skizzierte die aktuelle Lage der deutschen Rüstungsexportpolitik. Anhand der deutschen Waffenlieferung an die Peschmerga im August 2014 machte er deutlich, dass

die Waffen nicht dort bleiben, wohin man sie liefert. »Die Waffen wandern«, so sein Fazit. Schließlich landeten sie zunächst auf einem Waffenmarkt bei Kirkuk und danach beim IS.

Omid Nouripour, Bundestagsabgeordneter der Grünen, wählte zunächst das Thema nukleare Abrüstung. Mit dem Ruf »Büchel muss weg!« meinte er die verbliebenen zwanzig Atomwaffen auf deutschem Boden und hatte die Zuhörenden auf seiner Seite. Weiter betonte er, beim Rüstungsexport müsse die Menschenrechtssituation vor Ort im Blick sein, es dürfe nicht in Krisenregionen geliefert werden, zudem solle es laufende Berichtspflichten geben, und wenn es nach den Grünen gehe, sei das Auswärtige Amt der Ort für die Federführung bei Rüstungsexporten. Eine Lizenzvergabe werde es mit ihnen nicht geben.

Der Fachmann für die juristische Seite der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« ist Rechtsanwalt Holger Rothbauer aus Tübingen. Er führte aus, dass nach seiner Meinung der Bundessicherheitsrat verfassungswidrig sei. Durch die Geheimabsprachen im Sicherheitsrat könne das parlamentarische Kontrollrecht nicht wahrgenommen werden.

Dr. Simone Wisotzki von der GKKE (Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung) machte am Beispiel Mali deutlich, dieses Land sei durch die Proliferation von Kleinwaffen in die Steinzeit zurückgefallen. Sie plädierte für eine kritische Zivilgesellschaft in



Deutschland. Diese nicht zu unterschätzende Macht müsse weiterhin in Kampagnen wie »Aktion Aufschrei« und in der GKKE aktiv sein.

Die Position der Linken stellte Alexander Lurz, Mitarbeiter im Büro von Jan van Aken, vor. Die Linke sei grundsätzlich gegen eine Lieferung von Kleinwaffen; sie fordere: Keine staatliche Unterstützung von Rüstungsexporten und keine Lieferung von Waffen an menschenrechtsverletzende Staaten! Einer Lizenzvergabe für Waffen stehe sie ablehnend gegenüber.

Der Samstag war geprägt von Beispielen des Widerstandes, dem Sammeln von Ideen für Aktionen und Absprachen, was ausprobiert werden könnte. In interessanten Workshops wurden die Themen »Mit einer Aktie den Waffenhandel stoppen?!«, »Rüstungsexporte: Demokratische Kontrolle und Informationsrechte«, »Export von Kleinwaffen und Munition stoppen!«, »Ach und Krach in Stelzenbach: ein packendes Planspiel über Rüstungsexporte«, »Gewaltfreie Aktionen in der Kampagne ›Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!‹« und »Krieg und Gewalt – Flucht(ver)ursachen« diskutiert, bevor es zum Römerberg ging.

Dort forderten die Redner Jürgen Grässlin, Harald Hellstern und Ralf Willinger die Menschen auf, aktiv zu werden. Das konnte sofort an drei Ständen mit Mitmachaktionen umgesetzt werden: Fotos mit Leopardpanzer-Schildern wurden gepostet, an einem Stand gab es Bananen für »Aufstehen für das Leben«, und Plastinnachbildungen eines G3-Gewehres wurden zersägt. Stelzenläufer, die die Frankfurter Erklärung und Wahlprüfsteine verteilten, und eine Friedenstaube auf Stelzen gaben der Kundgebung ein künstlerisches Element.

Mit einem politischen Friedensgebet endete am Mainufer und in der Nikolaikirche diese bunte, informative und ermutigende Aktionskonferenz.

Susanne Hellstern (siehe auch S. 2 und S. 13–15)

Die Frankfurter Erklärung kann heruntergeladen werden unter www.aufschrei-waffenhandel.de/fileadmin/dokumente/termine_aktionen/aktionsberichte/20170303_Kampagnentreffen/Frankfurter_Erklaerung_2017.pdf

Beschluss der Bischofskonferenz löst Kopfschütteln und Solidarität aus

Unverständnis und Solidarität mit pax christi löste ein Sparbeschluss des Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz vom 20. Juni 2016 aus, in dem die deutsche Sektion in der Kategorie C eingestuft ist als zukünftig »überdiözesan nicht förderungswürdig«. Der in den vergangenen Jahren mehrfach reduzierte Zuschuss des Verbandes der Diözesen Deutschlands (VDD) in Höhe von 60.000 Euro jährlich (20 % des pax christi Haushalts) wird ersatzlos gestrichen. Eine »Projektgruppe VDD-Haushalt« mit den Bischöfen Bode (Osnabrück), Hanke (Eichstätt), Ipolt (Görlitz), Koch (Berlin) und drei Generalvikaren, darunter Stroppel (Rottenburg-Stuttgart), hatte zusammen mit einer Unternehmensberaterin die Vorlage für die Entscheidung erstellt.

Zahlreiche Briefe gingen an den Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Kardinal Marx, an die Ortsbischöfe, in unserer Diözese Bischof Fürst und Generalvikar Stroppel. Es gab auch Unterschriftenaktionen, z.B. beim Tag der Verbände in Stuttgart und bei der developmentpolitischen Strategietagung der baden-württembergischen Kirchen. Eine Online-Petition »An die Bischöfe: pax christi nicht streichen!« an Marx hat bis Anfang März über 5.000 Unterzeichnende gefunden. Sie fordern von den Bischöfen, »ihre Entscheidung, pax christi den Zuschuss aus Kirchensteuermitteln zu streichen, aufzuheben und die katholische Friedensbewegung – stärker als bisher – ideell, materiell und finanziell im gewaltfreien Kampf um den Frieden zu unterstützen.« Zu ihnen zählen u.a. der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, die FriedensforscherInnen Hanne-Margret Birckenbach, Margret Johannsen und Dieter Senghaas, der Sozialethiker Bernhard Emunds, Misereor-Hauptgeschäftsführer Pirmin Spiegel und der ehemalige Generalsekretär des Weltkirchenrates Konrad Raiser. Die große Solidarität mit pax christi und die Wertschätzung der pax christi Friedensarbeit zeigen sich in den zahlreichen Kommentaren zur Petition auf openPetition. Die Petition kann bis Ende Mai unterzeichnet werden.

<https://www.openpetition.de/petition/online/an-die-bischoefe-nicht-am-frieden-streichen>

Solidaritätsschreiben gab es auch aus kirchlichen Zusammenschlüssen und Friedensorganisationen, u.a. von der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke e.V., der Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik, von der ärztlichen Friedensorganisation IPPNW, dem Grundrechtkomitee, der Martin-Niemöller-Stiftung und dem Versöhnungsbund. »In der weltweiten Ökumene gibt es erfreuliche Bestrebungen, Frieden stärker in die Mitte kirchlicher Praxis zu rücken«, schreibt der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und ehemalige Militärseelsorger Horst Scheffler. Erfreulicherweise engagiere sich hierfür auch Papst Franziskus, wie auch seine Einladung des pax christi Kongresses zu Gewaltfreiheit und gerechtem Frieden 2016 in den Vatikan zeige. »Umso mehr erstaunt und entsetzt uns der Beschluss der Deutschen Bischofskonferenz, den Zuschuss ... ab

»pax christi zukünftig nicht mehr förderungswürdig«

2018 nun sogar komplett zu streichen. Wie sollen Kirchengemeinden ermutigt werden, mehr für den Frieden in der Welt zu tun, wenn der VDD ein solches Signal setzt?»

Zum Hintergrund des Beschlusses: Ausgangspunkt der VDD-Entscheidung war die abnehmende Bereitschaft vieler Diözesen, die überdiözesane kirchliche Arbeit im bisherigen Umfang zu finanzieren. Argumentiert wird mit dem Rückgang der Kirchenmitglieder und zukünftig rückläufigen Kirchensteuern. So ist nun zu befürchten, dass in einer Phase des gesellschaftlichen Umbruchs, in der der gesellschaftliche Zusammenhang und das Wertefundament bröckelt, die Kirche sich aus der Gestaltung der Gesellschaft zurückzieht. Eine falsch verstandene Reduzierung auf »Kernaufgaben« wäre ein eigener Schritt in die gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit.

Ein Schlüsselwort für das, was nach dem VDD-Sparprogramm zukünftig Priorität haben soll, ist die Evangelisierung. Es wird allerdings nicht ausgeführt, inwiefern diese zur den Kategorien A, B und C führt. Versteht man Evangelisierung so wie Papst Paul VI. in der Enzyklika »Evangelii Nuntiandi« und die Rottenburger Diözesansynode 1996, nämlich als »Umwandlung der Lebenswelt vom Evangelium her«, muss man zumindest die Entscheidung auf pax christi hin als Maßnahme der De-Evangelisierung bewerten und als Abbruch der Brücke zu vielen Menschen »guten Willens« (Papst Johannes XXIII.), die sich konkret für Gerechtigkeit und Frieden in der Welt einsetzen.

Vorgehensweise: Abgesehen von der inhaltlichen Problematik ist die Vorgehensweise der Bischofskonferenz geradezu kafkaesk. Am 7. Oktober 2016 (!) informiert U. Pöner, der Bereichsleiter Weltkirche und Migration des Sekretariats der Bischofskonferenz, pax christi Generalsekretärin Christine Hoffmann am Rande einer Tagung mündlich über den Beschluss. Am 18. November gibt es ein Informationsgespräch mit dem Geschäftsführenden Bundesvorstand, in dem Pöner sagt, der Beschluss sei nicht revidierbar, die Gründe dafür kenne er nicht und es werde keinen schriftlichen Bescheid geben. Wenn pax christi ein Finanzkonzept für die Mittelstreichung vorlege, könne diese bis 2020 gestreckt werden und evtl. Abfindungen für Personalentlassungen übernommen werden.

In einem Brief an Marx schreiben Bischof Algermissen und Bundesvorsitzende Rösch-Metzler am 19. November, der Wegfall des Zuschusses stelle »die Existenz von pax christi auf Bundesebene in Frage«. »Wir sind ehrlich gesagt schockiert über diese weitreichende Entscheidung der DBK ... Was hat die DBK mit pax christi vor?« Nach einem Antwortbrief von Kardinal Marx am 22. Dezember mit der Empfehlung, »alternative Einnahmequellen zu erschließen«, einem weiteren Briefwechsel des Bundesvorstands mit Marx und einem Telefonkontakt mit P. Langendörfer, dem Sekretär der DBK, nach einer Gesprächsbitte des Vorstands, informiert pax christi am 16. Januar die Öffentlichkeit.



Nach kritischen Presseberichten zu den Mittelkürzungen an pax christi und die deutschen Auslandsgemeinden (»Von allen guten Geistern verlassen«, Kölner Stadtanzeiger) und einer grundsätzlichen Kritik des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Sternberg, an der Sparentscheidung, bestätigt der Ständige Rat der Bischofskonferenz am 22./23. Januar das Sparkonzept mit dem Auftrag an die Projektgruppe, die öffentlichen Reaktionen zu berücksichtigen. Bischof Fürst setzte sich für pax christi ein. Am 13. Februar startet pax christi die Online-Petition, mit der »pax_zeit« im März eine Postkartenaktion. Ein Gespräch des Geschäftsführenden Bundesvorstands u.a. mit P. Langendörfer diente der Information der Bischofskonferenz über pax christi. Eine Entscheidung wurde durch den Ständigen Rat im Juni in Aussicht gestellt.

Bei Kirchensteuern Laien beteiligen. Neben der inhaltlichen Problematik der Entscheidung und der kaum verständlichen Vorgehensweise sollte ein weiterer Aspekt in die zukünftige Diskussion kommen, der im Appell beim Tag der Verbände formuliert wurde: »Wir appellieren dringend an die Bischofskonferenz, ... zukünftig bei Finanzentscheidungen das Zentralkomitee der deutschen Katholiken als Vertretung der kirchlichen Räte und Verbände zu beteiligen.« Der verantwortliche Umgang mit Kirchensteuergeldern erfordert die Beteiligung der Zahlenden, das macht der Vorgang deutlich.

Die anderen Forderungen des Verbände-Appells sind immer noch aktuell, »die Entscheidung des Mittelentzugs von pax christi zurückzunehmen, die Hintergründe dieser Entscheidung und der Pläne für andere Verbände transparent zu machen und deutlich zu machen, welche Bedeutung kirchliche Verbände und das kirchliche Friedenszeugnis für die Bischofskonferenz haben.«



Odilo Metzler
Mitglied im Vorstand von pax christi

Vox Populi – Vox Pluralis! Wie Populismus den Frieden gefährdet

Volkes Stimme – eine vielfältige Stimme! * In diesen Tagen wird viel über Populismus gesprochen. Kaum eine Rede, kaum ein Zeitungsartikel oder Fernsehbericht, in dem nicht auf die profiliertesten PopulistInnen unserer Zeit – Trump, Le Pen, Wilders, Orbán, Erdogan und andere mehr – verwiesen wird. Wie man am politischen Diskurs in Deutschland sieht, in dem je nach parteipolitischer Perspektive etwa Martin Schulz oder Horst Seehofer als Populisten auftauchen, ist der Begriff zu einer inflationär verwendeten Fremdzuschreibung geworden. Diese dient in erster Linie der Diskreditierung des jeweiligen politischen Gegners, wenn dieser gerade mal wieder vermeintlich der Bevölkerung »nach dem Munde redet« und damit demoskopisch messbaren Erfolg hat. Indes erfährt das Phänomen Populismus auch in der Wissenschaft zunehmende Aufmerksamkeit, was sich in der stark wachsenden Zahl von Publikationen zeigt. Dennoch: Was hinter dem Schlagwort »Populismus« steckt, bleibt unklar, schwer zu fassen, geradezu schillernd.

* »Vox populi vox Dei«, zu Deutsch: »Volkes Stimme ist Gottes Stimme.« Der Spruch wird Hesiod (geb. 700 v. Chr.), einem griechischen Dichter, zugeschrieben.

1918 verwendete der Abgeordnete Elard von Oldenburg-Januscha im Reichstag eine pointierte Abwandlung dieses Ausspruchs: »Vox populi vox Rindvieh.«

Vor diesem Hintergrund möchte der vorliegende Artikel weder eine große Zusammenschau zum Thema noch eine völlig neue Perspektive, die »das Rad neu erfindet«, anbieten (vgl. hierzu eine Auswahl weiterführender Literatur auf S. 7). Vielmehr bemüht sich dieser Beitrag darum, das Verständnis des Phänomens zu schärfen, indem ein spezifisches Wesensmerkmal des Populismus, das auch die Grundüberzeugungen von pax christi herausfordert, in den Fokus genommen wird: Populismus läuft letztlich immer darauf hinaus, Menschen auszuschließen.

Recep Tayyip Erdogan auf einem Parteikongress der regierenden AKP 2014:

»Wir sind das Volk! [An seine Kritiker gewandt:] Wer seid ihr?«

»Politik, die breiter Zustimmung bedarf, tendiert dazu, populistisch zu sein.« In diesem Zitat des Politikwissenschaftlers Hans-Jürgen Puhle wird deutlich, dass Populismus und Demokratie scheinbar eng miteinander verknüpft sind. In der Tat, PolitikerInnen sind darauf angewiesen, in der Bevölkerung um Zustimmung für Politik zu werben. Für viele BeobachterInnen gelten sie dann als PopulistInnen, wenn sie, mal mehr mal weniger mit kommunikativem Talent und Charisma ausgestattet, Kritik an den etablierten Eliten äußern oder angesichts der Komplexität der globalisierten Welt simplifizierende Problemlösungen anbieten.

So weit, so gut. Wäre Politik dann aber nicht unter einem permanenten Populismusverdacht?

In Anlehnung an den Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller plädiere ich an dieser Stelle für einen engen Populismusbegriff. »Wir – und nur wir – repräsentieren das wahre Volk!«, so, laut Müller, die Kernaussage populistischer DenkerInnen.

Donald Trump bei einer Wahlkampfveranstaltung im Mai 2016:
»Das Einzige, was zählt, ist die Einheit des Volkes. All die anderen Menschen, die zählen nicht.«

Das Hauptcharakteristikum von PopulistInnen ist es demnach, für sich in Anspruch zu nehmen, die einzig legitimen VertreterInnen eines homogen gedachten, moralisch tadellosen Volkes zu sein. In ihrem Selbstverständnis sind sie diejenigen, die dem wahren Volkswillen, der nicht irren kann und bislang unterdrückt wurde, erst zum Durchbruch verhelfen. Diese Logik des Alleinvertretungsanspruchs zieht notwendigerweise den moralischen und politischen Ausschluss all jener nach sich, die diesem Projekt entgegenstehen. Populismus beinhaltet daher zentral eine antipluralistische und damit antidemokratische Haltung. PopulistInnen sind darauf angewiesen, Misstrauen und Feindbilder heraufzubeschwören: auf der einen Seite das eine wahre Volk, dessen Anwalt zu sein nur sie in der Lage sind; auf der anderen Seite diejenigen, die die kollektive Identität infrage stellen und bedrohen. Die daraus folgenden Bedrohungsszenarien arbeiten dann denklogisch mit entspre-

Auszug aus der Pressemitteilung des Diözesanrats Rottenburg-Stuttgart vom 27.03.2017:

Klare Kante gegen Ausgrenzung und Nationalismus – Katholikenrat diskutiert über Populismus und die UN-Agenda 2013

In seiner Sitzung am 24. und 25. März im Kloster Reute bei Bad Waldsee befasste sich der Diözesanrat Rottenburg-Stuttgart in seiner Funktion als Vertretung der Katholiken in Württemberg mit dem Phänomen des Populismus und der Frage, wie sich die Kirche für den Erhalt freiheitlicher Demokratie einsetzen kann. Unter den 120 Delegierten herrschte Einigkeit, dass einem demokratiefeindlichen Populismus entschieden Widerstand geleistet werden muss. Es sei wichtig, so Bischof Gebhard Fürst, ein Ohr für die Sorgen, Ängste und Anliegen der Menschen zu haben, die von Populisten vereinahmt werden, und gleichzeitig die Trennlinie zwischen kirchlichen und populistisch-nationalistisch geprägten Positionen klar zu benennen.

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie unter:

http://raete.drs.de/fileadmin/Baukasten/Dioezesanrat/9_Presse/9_Texte/2017/PM_2017-03-27_Dioezesanrat_Populismus_Eine-Welt.pdf

Beschluss der pax christi Diözesanversammlung am 25.09.2016
zum Schwerpunktthema

Die »neue« Rechte in Deutschland und global

Das Erstarken nationalistischer Bewegungen ist ein europäisches, wenn nicht globales Phänomen. Über eine lange Zeit hinweg schien es so, als ob sich im Fahrwasser einer Globalisierung der Wirtschaft, der Kulturen, der Kommunikation und des Wissens der Bezug zur Nation und zum Nationalstaat mehr und mehr relativiere. Tatsächlich hat der Prozess der Globalisierung, insbesondere die beinahe ungezügelte Verbreitung eines kapitalistischen Weltwirtschaftssystems, viele Menschen in den Gesellschaften des Nordens und des Südens orientierungslos und in prekären Verhältnissen zurückgelassen. Rechte politische Bewegungen bieten nun die Idee an, dass das Heil in einem Zurück in den Nationalstaat, in einem Zurückbesinnen auf das eigene Volk und damit in einem Abschotten gegenüber allen tendenziell bedrohlichen Einflüssen liegt. pax christi Rottenburg-Stuttgart wird sich im kommenden Jahr im Rahmen von Aktionen und Projekten gegen diese neue »identitäre« Bewegung positionieren, denn sie gefährdet nicht nur den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland, sondern sie gefährdet auch die Errungenschaften der internationalen Zusammenarbeit und Verständigung. Im Jahr der Bundestagswahl soll dabei insbesondere die Partei der AfD im Fokus stehen. Mit Blick auf die Themen Migration, Flucht und Asyl soll es im Rahmen verschiedener öffentlichkeitswirksamer Projekte aber auch darum gehen, der Verrohung des politischen Diskurses, wie jüngste Äußerungen auch aus den etablierten Parteien zeigen, entgegenzutreten, dem Klima der Angst mit Zuversicht und Vertrauen zu begegnen und die christliche Grundüberzeugung des Gebots der Nächstenliebe unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen.

chend pointierten Polarisierungen, die der französische Philosoph Didier Eribon gar als Ausdruck eines zurückkehrenden »faschistischen Zeitgeists« brandmarkt: Wahlvolk vs. etablierte Parteien, Volksmeinung vs. Medienberichterstattung (»Lügenpresse«), Volk vs. neu Hinzugekommene (Geflüchtete, MigrantInnen), christliche Kultur vs. Islam etc. Die Emotionen der Menschen zu instrumentalisieren, durch vermeintliche Tabubrüche Empörung zu inszenieren und dadurch Wut und Ressentiments zu bedienen, ist Teil der populistischen Methode, die rassistisches Denken und Handeln fördert. Auf die Herausforderungen unserer Zeit – gesellschaftliche Modernisierungskrisen, globalisierungsbedingter Wandel, Orientierungslosigkeit, Krise des Kapitalismus – geben PopulistInnen nur eine Antwort: Zurück in den starken Nationalstaat, der als allmächtiger Heilsbringer verklärt wird. Populismus und Nationalismus gehen somit Hand in Hand.

pax christi setzt sich seit jeher für eine Kultur des Friedens ein, die auf Gerechtigkeit und Solidarität zwischen allen Menschen, ganz gleich welcher Ethnie, welcher Religion, welchen Geschlechts, welcher kulturellen oder sozialen Herkunft basiert. Wesensmerkmale unserer Arbeit sind, dass wir in der Begegnung von Menschen auf Augenhöhe immer die Chance sehen, Frieden zu verwirklichen, das Verbindende (nicht das Trennende!) zu suchen und Spiralen der Angst zwischen Menschen zu durchbrechen. Angesichts populistischer und damit rassistischer Parteien und Bewegungen in Deutschland (AfD, Pegida, Identitäre) und ihrer SympathisantInnen, die leider auch in kirchlichen Kreisen zu finden sind, sehe ich es als unsere Verpflichtung an, als pax christi Familie

eindeutige Zeichen gegen Populismus und Menschenfeindlichkeit zu setzen. Hierzu gehört, bei jeder Gelegenheit für die Würde aller Menschen, für Demokratie und Pluralismus einzutreten. ChristInnen sind aus meiner Sicht in besonderer Weise dazu aufgerufen, für Weltoffenheit und Dialogbereitschaft zu streiten, insbesondere dann, wenn Menschen anderer Religionen und Weltanschauungen, wie unsere muslimischen und jüdischen Schwestern und Brüder, mit pauschalen Vorurteilen und Hetze konfrontiert werden. pax christi und die Kirchen insgesamt sollten sich mit klaren Botschaften zu Wort melden und den politischen und öffentlichen Diskurs nicht PopulistInnen überlassen. Jede/r sollte im privaten Umfeld, in der Kirchengemeinde, im Verein, am Arbeitsplatz Farbe bekennen: für die Menschen, für die Vielfalt, für den Frieden!

Aus Papst Franziskus' Botschaft zum Weltfriedenstag am 1.1.2017:

»[...] Fürsorge für die Migranten, die Bedürftigen, die Kranken und die Ausgeschlossenen, die Ausgegrenzten und die Opfer bewaffneter Konflikte und von Naturkatastrophen, die Gefangenen, die Arbeitslosen und die Opfer jeder Form von Sklaverei und Folter. Jede Handlung in dieser Richtung, so bescheiden sie auch sei, trägt zum Aufbau einer gewaltfreien Welt bei, und das ist der erste Schritt zur Gerechtigkeit und zum Frieden.«

»Bemühen wir uns im Jahr 2017 mit Gebet und Tat darum, Menschen zu werden, die aus ihrem Herzen, aus ihren Worten und aus ihren Gesten die Gewalt verbannt haben, und gewaltfreie Gemeinschaften aufzubauen, die sich um das gemeinsame Haus kümmern. Nichts ist unmöglich. Alle können Handwerker des Friedens sein.«

Weiterführende Literatur zum Thema:

- Bundeszentrale für politische Bildung (2016)
Populismus: Mit Populisten reden – ja oder nein?
Bonn: bpb-Magazin #10
- Diözesanpriesterrat und Diözesanrat der Diözese Rottenburg-Stuttgart (2017)
Nicht: Populismus. 80 Seiten wider den Populismus.
Rottenburg, Informationen Nr. 433 (Nov. 2016–März 2017)
- Müller, Jan-Werner (2016)
Was ist Populismus? Ein Essay.
Frankfurt: Suhrkamp
- Puhle, Hans-Jürgen (2003)
Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo-Populismus und Demokratie.
In: Nikolaus Werz (Hrsg.): Populismus – Populisten in Übersee und Europa. Wiesbaden: Springer, 15–43



Richard Bösch
Geschäftsführer und Referent
für Friedensbildung pax christi

Machen wir die aktive Gewaltfreiheit zu unserem Lebensstil

Ausschnitte aus der Botschaft von Papst Franziskus zum 50. Weltfriedenstag am 1. Januar 2017

(...)

Jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind wünsche ich Frieden und bete, dass das Abbild und die Ähnlichkeit Gottes in jedem Menschen uns gestatten, einander als heilige Gaben zu erkennen, die mit einer unermesslichen Würde ausgestattet sind. Respektieren wir vor allem in Konfliktsituationen diese »tiefgründigste Würde« und machen wir die aktive Gewaltfreiheit zu unserem Lebensstil. (...)

Mögen unsere Art, in zwischenmenschlichen, gesellschaftlichen und internationalen Beziehungen miteinander umzugehen, von Liebe und Gewaltfreiheit geleitet sein. Wenn die Opfer von Gewalt der Versuchung der Rache zu widerstehen wissen, können sie die glaubhaftesten Leitfiguren in gewaltfreien Aufbauprozessen des Friedens sein. Möge die Gewaltfreiheit von der Ebene des lokalen Alltags bis zur Ebene der Weltordnung der kennzeichnende Stil unserer Entscheidungen, unserer Beziehungen, unseres Handelns und der Politik in allen ihren Formen sein. (...)

In jedem Fall verursacht diese Gewalt, die »stückweise« auf unterschiedliche Arten und verschiedenen Ebenen ausgeübt wird, unermessliche Leiden, um die wir sehr wohl wissen: Kriege in verschiedenen Ländern und Kontinenten; Terrorismus, Kriminalität und unvorhersehbare bewaffnete Übergriffe; Formen von Missbrauch, denen die Migranten und die Opfer des Menschenhandels ausgesetzt sind; Zerstörung der Umwelt. Und wozu das alles? Erlaubt die Gewalt, Ziele von dauerhaftem Wert zu erreichen? Löst nicht alles, was sie erlangt, letztlich nur Vergeltungsmaßnahmen und Spiralen tödlicher Konflikte aus, die allein für einige wenige »Herren des Krieges« von Vorteil sind?

Die Gewalt ist nicht die heilende Behandlung für unsere zerbrochene Welt. Auf Gewalt mit Gewalt zu reagieren führt bestenfalls zu Zwangsmigrationen und ungeheuren Leiden, denn große Mengen an Ressourcen werden für militärische Zwecke bestimmt und den täglichen Bedürfnissen der Jugendlichen, der Familien in Not, der alten Menschen, der Kranken, der großen Mehrheit der Erdenbewohner entzogen. Schlimmstenfalls kann sie zum physischen und psychischen Tod vieler, wenn nicht sogar aller führen. (...)

Die entschieden und konsequent praktizierte Gewaltfreiheit hat eindrucksvolle Ergebnisse hervorgebracht. Unvergesslich bleiben die von Mahatma Gandhi und Khan Abdul Ghaffar Khan erreichten Erfolge bei der Befreiung Indiens sowie die Erfolge Martin Luther Kings jr. gegen die Rassendiskriminierung. Besonders die Frauen sind oft Vorreiterinnen der Gewaltfreiheit, wie zum Beispiel Leymah Gbowee und Tausende liberianische Frauen, die Gebetstreffen und gewaltlosen Protest (pray-ins) organisiert und so Verhandlungen auf hoher Ebene erreicht haben im Hinblick auf die Beendigung des zweiten Bürgerkriegs in Liberia. (...)

Die Kirche hat sich für die Verwirklichung gewaltfreier Strategien zur Förderung des Friedens in vielen Ländern eingesetzt und sogar die gewaltsamsten Akteure zu Anstrengungen für den Aufbau eines gerechten und dauerhaften Friedens gedrängt. Dieses Engagement für die Opfer von Ungerechtigkeit und Gewalt ist nicht etwa ein ausschließliches Gut der katholischen Kirche, son-

dern es gehört zu vielen religiösen Traditionen, für die »Mitleid und Gewaltlosigkeit wesentlich sind und den Weg des Lebens weisen«. Das betone ich mit Nachdruck: »Keine Religion ist terroristisch.« Die Gewalt ist eine Schändung des Namens Gottes. Werden wir nie müde zu wiederholen, »dass der Name Gottes die Gewalt nie rechtfertigen kann. Allein der Friede ist heilig. Nur der Friede ist heilig, nicht der Krieg!« (...)

Im Übrigen kann sich eine Ethik der Brüderlichkeit und der friedlichen Koexistenz zwischen Menschen und Völkern nicht auf die Logik der Angst, der Gewalt und der Verslossenheit gründen, sondern muss auf Verantwortung, Achtung und aufrichtigem Dialog beruhen. In diesem Sinn appelliere ich für die Abrüstung sowie für das Verbot und die Abschaffung der Atomwaffen: Die atomare Abschreckung und die Drohung der gesicherten gegenseitigen Zerstörung können kein Fundament für diese Art der Ethik sein. Mit gleicher Dringlichkeit bitte ich, dass die häusliche Gewalt und der Missbrauch von Frauen und Kindern aufhören. (...)

Jesus selbst bietet uns ein »Handbuch« dieser Strategie zum Aufbau des Friedens in der sogenannten Bergpredigt an. Die acht Seligpreisungen (vgl. Mt 5,3–10) skizzieren das Profil des Menschen, den wir als glücklich, gut und authentisch bezeichnen können. Selig, die keine Gewalt anwenden – sagt Jesus –, selig die Barmherzigen, die Friedenstifter, selig, die ein reines Herz haben, die hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit.

Das ist auch ein Programm und eine Herausforderung für die politischen und religiösen Leader, für die Verantwortungsträger der internationalen Einrichtungen und für die Leiter der Unternehmen und der Medien der ganzen Welt: die Seligpreisungen in der Art der Ausübung ihrer Verantwortung anzuwenden. Eine Herausforderung, die Gesellschaft, die Gemeinschaft oder das Unternehmen, für das sie verantwortlich sind, im Stil der Friedenstifter aufzubauen; Barmherzigkeit zu beweisen, indem sie es ablehnen, Menschen auszusondern, die Umwelt zu schädigen oder um jeden Preis gewinnen zu wollen. Das erfordert die Bereitschaft, »den Konflikt zu ertragen, ihn zu lösen und ihn zum Ausgangspunkt für einen neuen Prozess zu machen«. In dieser Weise zu wirken bedeutet, die Solidarität als den Stil zu wählen, Geschichte zu machen und soziale Freundschaft aufzubauen. Die aktive Gewaltfreiheit ist ein Weg, um zu zeigen, dass wirklich die Einheit mächtiger und fruchtbarer ist als der Konflikt. Alles in der Welt ist eng miteinander verbunden. Gewiss, es kann geschehen, dass die Verschiedenheiten Reibereien erzeugen: Gehen wir sie konstruktiv und gewaltlos an, sodass »die Spannungen und die Gegensätze zu einer vielgestaltigen Einheit führen können, die neues Leben hervorbringt« und »die wertvollen Möglichkeiten der kollidierenden gegensätzlichen Standpunkte beibehält«. (...)

Alle ersehnen wir den Frieden; viele Menschen bauen ihn täglich mit kleinen Gesten auf; viele leiden und nehmen geduldig die Mühe auf sich, immer wieder zu versuchen, Frieden zu schaffen. (...) Nichts ist unmöglich, wenn wir uns im Gebet an Gott wenden. Alle können »Handwerker« des Friedens sein.

Frieden wird werden

Frieden wird werden,
wenn die geschlagene Gerechtigkeit
wieder aufgerichtet ist.

Frieden wird werden,
wenn der Essig des Rechtsbruchs
zum Honig des Rechtsspruchs wird.

Frieden wird werden,
wenn das Recht wie Balsam
auf den Wunden der Entrechteten wirkt.

Frieden wird werden,
wenn wir die leise Stimme hören,
die die Wahrheit will.

Frieden wird werden,
wenn die, die das Recht beugen,
den Kopf vor der Wahrheit neigen.

Frieden wird werden,
wenn Lebensmittel endlich
Mittel des Lebens für alle sind.

Frieden wird werden,
wenn wir Unrecht erkennen, benennen,
das Gute suchen, das Rechte tun.

Frieden wird werden,
wenn wir es wagen,
wenn wir einander den Frieden zusagen.

Frieden wird unter uns sein.

Miteinander, füreinander,
dein und mein.

Gottes Frieden beginnt.

Bei dir, bei mir.

Jetzt und hier.



Fünfund- fünfzig Erfolge für die Gewalt- freiheit



Gewaltfreiheit wirkt!

Gewaltfreiheit wirkt!

5 von 55 Erfolgen für die Gewaltfreiheit

1907–14 Transvaal, Südafrika

Gandhi führt eine Kampagne für die Rechte der Inder in Transvaal zum Erfolg, indem er sich weigert, ungerechte Gesetze und Beschränkungen einzuhalten.

1955 Alabama, USA

Nachdem sich Rosa Parks weigert, in einem Bus mit nach Rasse festgelegten Bänken ihren Sitzplatz aufzugeben, beginnt in Montgomery/Alabama mit einem einjährigen Boykott der Busse die Kampagne gegen Rassengesetze.

»Es kann nicht Ziel sein, den Primat des Militärischen zu vermitteln!«

Schulfrei für die Bundeswehr?! Vortrag und Podiumsdiskussion in Riedlingen zur Rolle des Militärs in baden-württembergischen Schulen

Am 16. März luden Richard Bösch zusammen mit Bernd Geisler vom Lebenshaus Schwäbische Alb SchulleiterInnen, LehrerInnen (insbesondere der Fächer Gemeinschaftskunde, Religion bzw. Ethik sowie die Verantwortlichen im Bereich der Berufsorientierung) sowie SchülerInnen und ihre Eltern aus der Region Riedlingen zu einem Vortrag mit Podiumsdiskussion an die Joseph-Christian-Gemeinschaftsschule nach Riedlingen ein. Auch der Hausherr, Schulleiter Martin Romer, der bereits in der Planungsphase wesentlich dazu beigetragen hatte, dass die Veranstaltung in dieser Form stattfinden konnte, war anwesend. Zudem wurde die Veranstaltung vom Evangelischen Bildungswerk Oberschwaben sowie vom Katholischen Bildungswerk im Kreis Biberach / Dekanat Saulgau unterstützt.

Seinen Vortrag begann Richard Bösch zunächst mit einigen globalen Schlaglichtern, die die Dynamiken von Weltpolitik und Weltwirtschaft vor dem Hintergrund eines andauernden Globalisierungsprozesses verdeutlichten. Darauf aufbauend stellte er Bausteine von Friedensbegriffen dar, wie sie in der Friedens- und Konfliktforschung entwickelt wurden. Vor diesem Hintergrund verwies er auf Friedensbildung nicht nur als logische Konsequenz aus den Erkenntnissen der Forschung, sondern auch als normativ begründete Notwendigkeit, die u.a. in der Landesverfassung von Baden-Württemberg Ausdruck findet. Friedensbildung beschäftigt sich im Kern damit, Menschen Wissen und Methoden zu vermitteln, die es ihnen ermöglichen, Konflikte (sei es auf der persönlichen, gesellschaftlichen oder internationalen Ebene) gewaltfrei zu bearbeiten. Abschließend und gleichsam als Auftakt für die Podiumsdiskussion gab er den Anwesenden ein Zitat von Papst Franziskus aus seiner Botschaft zum Weltfriedenstag am 1.1.2017 mit: »Bemühen wir uns, Menschen zu werden, die die Gewalt aus ihrem Herzen, aus ihren Worten und aus ihren Gesten verbannt



Richard Bösch beim Vortrag im »Bewegungsraum« der Joseph-Christian-Gemeinschaftsschule Riedlingen

haben, und gewaltfreie Gemeinschaften aufzubauen, die sich um das gemeinsame Haus kümmern. Nichts ist unmöglich. Alle können Handwerker des Friedens sein.«

In der anschließenden Podiumsdiskussion debattierten Martin Gabel (Lehrer am Progymnasium in Bad Buchau), Ulrich Widmann (Kreisrat, pensionierter Lehrer am Kreisgymnasium Riedlingen und ehemaliger Offizier), Richard Bösch und zwei Schülersprecher vom Kreisgymnasium Riedlingen. Kerstin Leitschuh, Dekanatsreferentin aus Biberach an der Riß, übernahm die Moderation.

Richard Bösch legte dar, dass es aus seiner Sicht keine Jugendoffiziere an Schulen braucht. Zum einen sei es so, dass diese Jugendoffiziere zwar keine Werbung machen dürften, es aber unerschwinglich dennoch tun. Jugendoffiziere deckten durch ihre »Ex-

1970–1981 Larzac-Hochebene, Frankreich

Demonstrationen, bei denen Schafherden nach Paris unter den Eiffelturm getrieben werden, zwingen die Regierung dazu, die Pläne für einen Truppenübungsplatz auf Weideland zurückzunehmen. Die Arbeiter erhalten ihre Löhne.

1974 Whyll, Deutschland

AtomkraftgegnerInnen besetzen über ein Jahr lang den Bauplatz für ein Atomkraftwerk und verhindern so den Bau – endgültig.

1991–1996 Mali

Gewaltsame Konflikte zwischen bewaffneten Tuareg, arabischen Gruppen und der Regierung werden durch intensive Verhandlungen zwischen den Gemeinschaften in lokalen Gesprächsrunden gelöst. In einem Freudenfeuer werden Schusswaffen verbrannt.

«pertise» über internationale Politik nur die militärisch geprägte Perspektive ab. Auch gebe die Bundeswehr in ihrem allgemeinen Haushalt immer mehr Geld für diese Maßnahmen, aber auch offene Werbemaßnahmen aus. Friedensorganisationen könnten niemals einen Ausgleich dazu schaffen, wenn sie denn ebenfalls an Schulen eingeladen wären – so herrsche ein strukturelles Ungleichgewicht, was unter dem Strich zu einer Privilegierung der Bundeswehr und ihrer Sicht der internationalen Politik führe.

Martin Gabel widersprach dieser Sichtweise. Der Geschichte- und Gemeinschaftskundelehrer befürwortet die Präsenz von Jugendoffizieren an Schulen. Aus seiner Sicht können und müssen LehrerInnen Besuche solcher Art eben entsprechend vor- und nachbereiten. Insgesamt spricht er sich dafür aus, dass Schule von solchen »Experten« nur profitieren könne, da SchülerInnen auf diese Weise Realitätsbezug erfahren. So lade er schließlich auch Vertreter von Unternehmen, z.B. Banken oder zivilgesellschaftliche Akteure, z.B. von Amnesty International, ein.

Ulrich Widmann erinnerte in seinen Ausführungen u.a. daran, dass es in den 70er- und 80er-Jahren in Baden-Württemberg durchaus Versuche gab, die Schulen verbindlich für Besuche der Bundeswehr zu öffnen. Einen solch verpflichtenden Charakter gebe es heute glücklicherweise nicht mehr. Besuche von Jugendoffizieren lehne er daher nicht grundsätzlich ab. Aus der Perspektive der Schülersprecher sei es wichtig, dieses Thema auf die Agenda zu bringen, denn viele SchülerInnen, so ihre Einschätzung, haben im Schulalltag gar nicht die Zeit und die Muße, sich mit dieser wichtigen Debatte auseinanderzusetzen. Darüber hinaus brachten sie ein, dass es mit Blick auf die Kompetenz ihrer LehrerInnen wohl keine Jugendoffiziere bräuchte, sie sich aber durchaus zutrauen würden, die militärische Perspektive auf internationale Politik, die ein Jugendoffizier ja nur vermitteln kann, entsprechend einzuordnen.

Nachdem die DiskutantInnen auf dem Podium ihre Positionen ausgetauscht hatten, konnten auch die Anwesenden ihre Fragen und Kommentare loswerden. Die Rückmeldungen aus dem Publikum zeigten, dass das Thema offensichtlich einen Nerv getroffen hat. Neben Wortmeldungen, die die eine oder andere Seite befürworteten, kam auch die Frage auf, warum kein Jugendoffizier zur Podiumsdiskussion eingeladen wurde. In diesem Zusammenhang

stellte Richard Bösch im Namen der Veranstalter noch einmal klar, dass für das Podium ausschließlich SchulleiterInnen, LehrerInnen, SchülerInnen und ihre Eltern eingeladen wurden – also die Perso-



Auf dem Podium, von links nach rechts: Kasimir Romer, Martin Weiß, Richard Bösch, Kerstin Leitschuh, Martin Gabel, Ulrich Widmann

(Fotos S. 10–11: Richard Bösch)

nengruppen, die auch darüber entscheiden, ob ein Jugendoffizier eingeladen wird. Das ist nach wie vor eine autonome Entscheidung der Schulen und nicht etwa der Bundeswehr. Auch gehe es bei der Veranstaltung nicht um die Existenz der Bundeswehr als solche – »das ist ein eigenes Thema, das wir gerne an anderer Stelle wieder aufgreifen können. Heute soll es um den Lernort Schule gehen und darum, sich mit Beteiligten darüber auszutauschen, welche Einflüsse wir an Schulen zulassen.«

Richard Bösch
(siehe auch S. 6–7)



Interreligiöser Dialog in Tuttlingen

Der Basistag von pax christi fand dieses Jahr am 18. März in Tuttlingen statt. Aus Ravensburg, Rottenburg, Schramberg, Stuttgart und Tübingen kamen Mitglieder der Basisgruppen im St. Josef-Gemeindehaus zusammen.

Nach einer Vorstellungsrunde war der Sparbeschluss der Bischofskommission und des VDD das wichtigste Thema: Alle Anwesenden waren sich einig, dass diese Beschlüsse – bewusst oder unbewusst – eine Abwertung des Einsatzes für Frieden und Gerechtigkeit darstellen (groteskerweise lautet das Thema des Katholikentages 2018 in Münster »Suche Frieden!«). Einhellige Meinung war: Der »Flurschaden« in der Öffentlichkeitswirkung der Katholischen Kirche wäre verheerend, da gerade pax christi oft das Bindeglied vor Ort ist zu politischen, alternativen und auch kirchenkritischen Gruppierungen. Alle Basisgruppen haben durch Mails und Briefe, z.B. an Bischof Fürst, ihr Entsetzen über die drohenden Kürzungen zum Ausdruck gebracht.

Danach leitete Richard Bösch über zum Hauptthema des Treffens, dem interreligiösen Dialog. Vorgeschichte: Schon seit über zehn Jahren findet im Sommer das Interkulturelle Begegnungsfest statt. Dabei beten evangelische und katholische Christen – fast von Anfang an – auch gemeinsam mit Muslimen. Daraus resultierend hat pax christi Tuttlingen 2015 einen Aufruf zu einem Interreligiösen Friedenskonzil formuliert, für den wir auf dem regionalen Ökumenischen Kirchentag in Tuttlingen zahlreiche Unterschriften – auch von Kirchenvertretern – bekamen. Dieser Aufruf wurde in der Erweiterten Leiterrunde vorgestellt und diskutiert. Das Anliegen sollte zunächst in Tuttlingen ausprobiert werden.

Im Jahr 2016 fand zweimal ein Interreligiöser Runder Tisch statt. Vier muslimische Gruppen Tuttlingens (DITIB, Mili Göres, bosnische und albanische Muslime) und alle katholischen, evangelischen und freikirchlichen Gemeinden des ganzen Dekanats folgten der Einladung. Eine große Bereitschaft aller Anwesenden für das Gespräch und Dank für die Initiative waren spürbar, aber auch eine starke Verunsicherung und vorsichtige Zurückhaltung

seitens der türkischen Mitbürger nach Erdogans massiven Einflussnahmen. Dieser ungute Einfluss behindert bis heute ganz direkt den Runden Interreligiösen Tisch in Tuttlingen, aber die pax christi Gruppe ist fest entschlossen, nicht locker zu lassen. Unterstützung gibt es durch den von der Stadt organisierten Integrationsbeirat. Erfreulich ist, dass beim letzten Treffen im Februar die albanischen Muslime gerne die Einladung und Organisation für das nächste Mal übernehmen.

Die Bosnisch-Muslimische Gemeinde hatte für den Nachmittag pax christi eingeladen. Dort begrüßten der junge Vorsitzende und der Imam alle sehr herzlich im Tagungsraum. Nach kurzen Informationen über Struktur, Ausrichtung und Personalien der Gemeinde kam es zu einem offenen Gespräch, bei dem die verschiedenen muslimischen Vertreter immer wieder ihre Gemeinsamkeiten betonten – genauso wie die Gemeinsamkeiten zwischen Christen und Muslimen. Interessant war, dass die Bosnier ihre Gemeinde und Arbeit ganz aus Beiträgen der eigenen Gläubigen finanzieren – im Unterschied zur DITIB-Gemeinde. Eine Moschee ist in Tuttlingen im Bau, die vom Oberbürgermeister und der Stadt sowie einem offenen Förderkreis unterstützt wird.

Die anschließende Einladung zu einem großzügigen Buffet mit bosnischen Leckereien überraschte uns, aber wir nahmen sie natürlich gerne an.

Über die Lautsprecheranlage rief der Imam anschließend zum Nachmittagsgebet; alle zogen die Schuhe aus, die Muslime nahmen die rituellen Waschungen vor und es ging in den Gebetsaal. Als der Imam sein Gebet beendet hatte, übernahmen Wolfgang Gramer und Birgit Clemens, um das interreligiöse Gebet mit christlicher Spiritualität abzurunden. Zu hören waren Texte aus der Bergpredigt, und die Lieder »Danke« und »Jeder Teil dieser Erde sei meinem Volk heilig« wurden gesungen mit routinierter flotter Gitarrenbegleitung.



Willi Koch

Mitglied der Tuttlinger pax christi Gruppe



(Fotos: Richard Bösch)

Friedensbildung statt Militärwerbung: Schulfrei für die Bundeswehr



Die Kampagne »Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden« aus Baden-Württemberg protestierte am 14. und 17.2.2017 mit einer Mahnwache vor den Messehallen in Stuttgart gegen die Präsenz der Bundeswehr auf der didacta (Europas größte Fachmesse rund um Bildung) und forderte, anstatt Jugendoffiziere in den Unterricht einzuladen die Friedensbildung an den Schulen zu stärken.

Im November 2016 veranstaltete der Kampagnenrat von »Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden« einen Aktionsworkshop für Interessierte. Hier wurden Ziele überlegt und Aktionen vorgeschlagen, die für eine Mahnwache bei der didacta sowie zum Red Hand Day am 12. Februar, dem Tag des Protestes gegen Kindersoldaten, realisierbar schienen. Erstmals wurden katholische Pfarrer angeschrieben, der Red Hand Day erklärt und Materialien beigefügt, die Anstöße und Ideen für einen Gottesdienst mit Predigt zum Thema Kindersoldaten lieferten.

Mit dem Banner »Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden« zeigten AktivistInnen am Eröffnungstag der didacta Präsenz und verteilten Flyer. Am 17.2. war die Kampagne samt Info-tisch mit Zelt, mehreren Bannern und Materialien vor Ort nicht zu übersehen. Ein Megafon und verschiedene Durchsagen zum Thema »Militär im Unterricht und Friedensbildung« sowie Trommelschläge zogen die Aufmerksamkeit auf sich, und so war der Auftritt unüberhörbar. Zusätzlich wurden die MessebesucherInnen von einer großen Puppe, die einen Soldaten darstellt, dem »Schreib-tisch-Töter«, begrüßt.

Die Kampagne forderte die sofortige Kündigung der Kooperationsvereinbarung des Landes mit der Bundeswehr, die Durchsetzung eines Verbots von Lehr- und Werbeveranstaltungen der Bundeswehr an und mit Schulen sowie eine kontinuierliche Erhöhung

des Etats für Friedensbildung. Wie in jedem Jahr war die Bundeswehr auf der Messe mit einem großen Stand vertreten, Schulklassen spielten das Strategiespiel POL&IS (Politik und Internationale Sicherheit), und Jugendoffiziere informierten über aktuelle Angebote.

Neu war eine Beobachtung des Bundeswehrstandes von AktivistInnen der Kampagne. Die Frage war, wie gut besucht der Stand war und welches Interesse an der Bundeswehr besteht. Die Daten und Eindrücke werden in der Kampagne ausgewertet und dienen als Grundlage für zukünftige Überlegungen.

Mit ihren Werbeveranstaltungen in Schulen und Messen erreichen Jugendoffiziere und KarriereberaterInnen der Bundeswehr jährlich mehr als 300.000 SchülerInnen, darunter auch elfjährige Kinder. Mittlerweile rekrutiert die Bundeswehr jährlich fast 2000 Minderjährige für den Dienst im Militär, Tendenz steigend. Die 17-jährigen

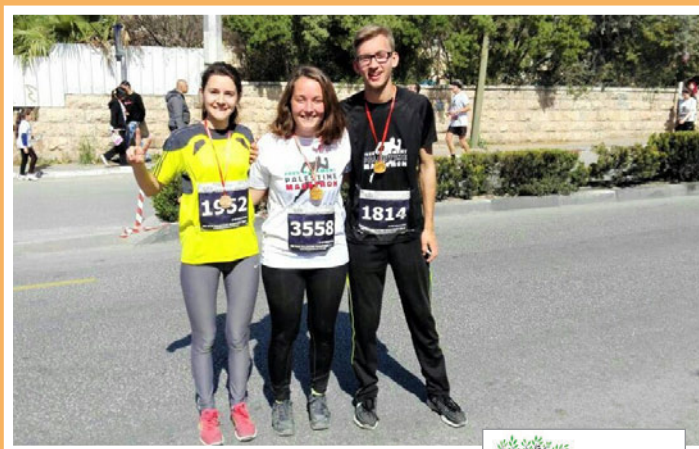
Oben links: Renate Wanie und Susanne Bödecker auf der Messepiazza mit dem Kampagnentransparent (Foto: Susanne Hellstern). Oben rechts: Heinz Wienand und Reinhold Gieringer von pax christi verteilen Flyer an die ankommenden BesucherInnen der didacta (Foto: Renate Wanie).

gen Jungen und Mädchen erhalten dasselbe militärische Training wie erwachsene Soldaten und werden häufig direkt nach ihrem 18. Geburtstag in Auslandseinsätze geschickt. Diese Rekrutierungspraxis und die Werbung von Minderjährigen für den Dienst im Militär widersprechen den Empfehlungen der Kinderkommission des Bundestages sowie den Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention, die auch Deutschland unterschrieben hat. An die Bundesregierung richtet die Kampagne die Forderungen, die UN-Kinderrechte und die Empfehlungen der Kinderkommission durchzusetzen, Minderjährige unter 18 Jahren nicht zu rekrutieren und keine Abenteuer camps, Events oder Online-Angebote, die den Soldatenberuf verharmlosen, anzubieten und zu bewerben.

Darüber gibt es eine zunehmend stärkere Diskussion in der Öffentlichkeit. In einer Petition des Bündnis Kindersoldaten, der DFG-VK und der GEW an Verteidigungsministerin von der Leyen treten inzwischen schon mehr als 20.000 Menschen dafür ein, die Rekrutierungspraxis mit Minderjährigen zu beenden (siehe www.unter-18nie.de).

Friedensbildung statt Militärwerbung ist das Gebot der Stunde. In Baden-Württemberg engagiert sich die Kampagne weiterhin für den Ausbau und die Stärkung der Friedensbildung: Die Servicestelle Friedensbildung als Beratungs-, Vernetzungs- und Kontaktstelle für LehrerInnen und MultiplikatorInnen soll auch über das

Sumud – nicht aufgeben trotz der Besatzung



Seit einem halben Jahr bin ich in meiner Einsatzstelle, dem Arab Educational Institute (AEI), in Bethlehem, Palästina. Das ist eine kleine Nichtregierungsorganisation und Partner von pax christi International. Es arbeitet seit den 80ern vor allem mit Jugendlichen und Frauen für die Stärkung der Zivilgesellschaft sowie im christlich-muslimischen Dialog. Eingebettet ist diese Arbeit in den Gedanken des Sumud, also nicht aufzugeben trotz der Besatzung und der Herausforderungen des Lebens in Palästina, sondern das Schöne im Leben zu sehen und sich ein positives Grundgefühl zu bewahren. Neben dem Team des AEI arbeiten regelmäßig internationale Freiwillige für unterschiedliche Zeitspannen mit und unterstützen das lokale Team in seinen Aufgaben.

Im Moment bin ich die einzige Freiwillige. Ich helfe vor allem bei Jugendgruppen mit, habe aber auch andere temporäre Projekte. Vor ein paar Monaten war ich noch beschäftigt mit einem Crowdfunding. Denn nächsten Juni jährt sich die israelische Besatzung Palästinas zum 50sten Mal, und zu diesem Anlass will das AEI ein Kunst- und Musik-Event veranstalten. Es soll den Opfern des Kriegs von 1967 und der Besatzung gewidmet sein und eine Möglichkeit bieten, Protest durch Kunst und Musik auf friedliche Art Ausdruck zu verleihen.

Das deutsche Crowdfunding fand von Mitte Dezember bis Ende Januar statt. Schon in den Monaten davor waren eine andere deutsche Freiwillige und ich damit beschäftigt, alles dafür vorzubereiten. Das heißt, wir drehten ein Video, schrieben Texte, sprayten ein Graffiti mit dem Logo des Events an die Israelische Mauer und machten Fotos. Es war viel Arbeit, hat sich aber gelohnt, allein schon aus dem Grund, weil die Arbeit des AEI etwas weiter verbreitet werden konnte. Aber auch da wir unsere Zielsumme erreichen konnten und daher einen außergewöhnlichen Tag in Bethlehem organisieren werden. Noch mal ein großes Dankeschön an alle, die mitgeholfen haben!

Momentan arbeite ich an einem neuen Projekt, dem Neudesign des »Freedom of Movement Game« des AEI. Ein Spiel, das auf die Hindernisse aufmerksam machen soll, mit denen die PalästinenserInnen beim Reisen zwischen der Westbank und Jerusalem tagtäglich konfrontiert sind. Eine andere Freiwillige hat es vor einigen Jahren entwickelt. Man bekommt einen Charakter mit einer Aufgabe, z.B. wohnt man in Bethlehem und will zu einer Beerdigung in Jerusalem gehen. Auf bestimmten Feldern auf dem Weg muss der Spielende eine Ereigniskarte ziehen, die ihm im Zusammenhang einer Situation eine Anweisung gibt, wie z.B. eine Runde

Jahr 2017 hinaus finanziell und personell so gut ausgestattet werden, dass sie ihre erfolgreiche Arbeit fortführen und die zunehmenden Nachfragen nach Angeboten zum Thema Frieden erfüllen kann. Auf der didacta konnte auch eine Veranstaltung zum Thema »Friedensbildung statt Militärwerbung: Schulfrei für die Bundeswehr?« der GEW besucht werden.

Die Kampagne »Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden« wird weiterhin Protest gegen die Bundeswehrpräsenz auf Bildungsmessen anmelden und Präsenz zeigen, selbst wenn manche Reaktionen der MessebesucherInnen abweisend oder gleichgültig waren.

Beim Verteilen der Flugblätter vor der Messe fiel Kampagnenmitgliedern diesmal auf, dass wiederholt zu hören war: »Finde ich gut, dass ihr so was macht.«

*Susanne Hellstern
(siehe auch S. 2-5)*

Dieser Artikel erscheint im »FriedensForum 3/2017«, der Zeitschrift des »Netzwerk Friedenskooperative«, und kann dankenswerterweise im Rundbrief abgedruckt werden. Mehr zum »Netzwerk Friedenskooperative« unter www.friedenskooperative.de



auszusetzen. Das Spiel ermöglicht es, die Frustration nachzuempfinden, die aus der Unvorhersehbarkeit und den Ungerechtigkeiten beim Reisen entsteht. Durch meine Arbeit mit dem Spiel kann ich auch noch mehr über die Situation der Palästinenser lernen, da alle Geschichten aus der Realität entnommen sind. Bis jetzt existiert das Spiel noch nicht auf Deutsch, und das Layout ist nur in Schwarz-Weiß. Das soll sich jetzt ändern.

Die eingeschränkte Bewegungsfreiheit der Palästinenser nimmt auch der »free movement Marathon« in Bethlehem zum Thema. Vor Kurzem hat er zum fünften Mal in Bethlehem stattgefunden. Ein echter Marathon beträgt 42 km, da man aber in Bethlehem keine so lange Strecke findet, die nur von Palästina verwaltet wird, müssen die Läufer viermal die gleiche Strecke rennen. Diese Besonderheit sollen Athleten selbst erfahren und so die Situation der Palästinenser besser verstehen.

Mit anderen Freiwilligen zusammen habe ich beim 10-km-Lauf teilgenommen. Wir sind unter anderem durch das Aida-Flüchtlingscamp und entlang der israelischen Mauer gelaufen. Viele Palästinenser sehen in der Veranstaltung eher eine Möglichkeit, internationale Aufmerksamkeit für ihre Situation zu bekommen, als eine außergewöhnliche sportliche Leistung zu zeigen. Dement-

sprechend sind viele »Athleten« die Strecke eher spaziert und hatten Fahnen, Taschen und bedruckte T-Shirts dabei. Alle Läufe begannen beim Hauptplatz von Bethlehem bei der Geburtskirche und endeten auch dort. Die Stimmung war freudig und ausgelassen. Es gab eine Bühne, einen großen Bildschirm und man sah viel grüne Jawwal-Luftballons, ein palästinensischer Handyanbieter, der sich natürlich keine Möglichkeit für Werbung entgehen lassen möchte. Ich musste leider am Nachmittag wieder arbeiten und konnte nicht die Läufer des ganzen Marathons beobachten, obwohl ich wirklich großen Respekt habe, wenn man so eine lange Strecke bezwingen kann.

Ich bin froh, durch meinen Friedensdienst schon viele neue Dinge gesehen und erlebt zu haben. In meinen folgenden fünf Monaten werden hoffentlich noch viele neue Erfahrungen dazukommen.



Ida Spiegel

*arbeitet ein Jahr lang für pax christi
beim Freiwilligendienst in Palästina*

Termine


**Veranstaltungsreihe
Friedensbildung**

Friedenswerkstatt
Mutlangen e.V.
Forststr. 3
73557 Mutlangen
www.pressehuette.de

11.05., 19 Uhr, Schwäbisch Gmünd

»Globalisierte Kriege, Krisen und Konflikte – Perspektiven für die Friedensbildung«; Richard Bösch, Referent für Friedensbildung, pax christi Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart; Vortrag im Kloster der Franziskanerinnen

22.06., 19 Uhr, Schwäbisch Gmünd

»Erziehung zur Friedensliebe – Ein Auftrag der Landesverfassung Baden-Württemberg macht Schule«; Claudia Möller, Fachreferentin Servicestelle Friedensbildung Baden-Württemberg; Veranstaltung in der VHS Schwäbisch Gmünd

21.09., 19 Uhr, Schwäbisch Gmünd

»Wir träumen nicht vom Frieden, wir handeln – Friedensbildung als praktisches, schulübergreifendes Projekt im Ostalbkreis«; Silvia Maria Bopp, Jugendreferentin Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.; Workshop in der PH Schwäbisch Gmünd

24.11., 19 Uhr, Schwäbisch Gmünd

Vernissage: In den 8 Wochen zwischen Workshop und Ausstellungsaufbau (20./21.11.) werden in Gmünder Klassen friedensbildende Schuleinheiten in verschiedenen Fächern durchgeführt. Die entstandenen Kunstwerke werden der Öffentlichkeit im Foyer der VHS am Münsterplatz präsentiert.


Mai 2017

20.05., 10–17 Uhr, Kirchheim/Teck
Workshop »Umgang mit rassistischen und populistischen Parolen«; Katholisches Gemeindehaus Sankt Peter und Paul, Kirchheim/Teck-Ötlingen

23.05., 11.55 Uhr
»Farbe bekennen! Für Demokratie und eine offene Gesellschaft« – Öffentliche Mittagspause am Tag des Grundgesetzes

30.05., 19 Uhr, Stuttgart
»Das kulturelle Erbe Palästinas«; Botschafterin Dr. Khouloud Daibes zu Gast in Stuttgart; Haus der kath. Kirche, Königstr. 7

Die geistlichen Beiräte laden ein zum Pilgertag am 15.07.2017: Franziskusweg in 73113 Ottenbach (Kreis Göppingen)

Der Pilgerweg beginnt in der Pfarrkirche St. Sebastian mit ihren neuen Franziskusfenstern im Chorraum und führt als Rundweg (7 km, Höhenunterschied 180 m) durch eine wunderschöne Landschaft mit Blick auf zwei der drei Kaiserberge der Schwäbischen Alb: Hohenstaufen und Hohenrechberg. Die Verse des Sonnengesangs des hl. Franziskus laden zum Verweilen an den einzelnen Stationen ein. Durch die Skulpturen, Installationen und sakralen Elemente dieses Weges wird der Sonnengesang intensiv erlebbar. Je nachdem, wie viel Zeit man sich zum Bedenken der Verse des Sonnengesanges und für sonstige Pausen nimmt, dauert der Weg zwischen 3 und 4 Stunden. Treffpunkt ist um 10.30 Uhr in der St. Sebastianskirche. Die Anreise gelingt am besten mit dem Auto; Parkmöglichkeiten an der Kirche.

Impressum

Herausgegeben von pax christi Diözesanstelle Rottenburg-Stuttgart
Jahnstr. 30, 70597 Stuttgart
Tel.: (0711) 9791–216, Fax: (0711) 9791–159, E-Mail: Paxchristi-rs@bo.drs.de
www.rottenburg-stuttgart.paxchristi.de

Geschäftsführer und Referent für Friedensbildung: Richard Bösch (Adresse wie oben)

Vorsitzender: Reinhold Gieringer, Am Bauschberg 40, 72108 Rottenburg
Tel.: (07472) 41383, E-Mail: reinhold.gieringer@web.de

Geistliche Beirätin: Birgit Clemens, Adlerweg 4, 73326 Deggingen
Tel.: (07334) 924718, E-Mail: birgit.clemens@web.de

Geistlicher Beirat: Dr. Wolfgang Gramer, Bietigheimer Str. 9/2, 74321 Bietigheim-Bissingen
Tel.: (07142) 7095011, E-Mail: woleole@gmx.de

Bankverbindung: Pax-Bank eG, IBAN: DE09 3706 0193 6031 9140 17, BIC: GENODED1PAX

Redaktion: Susanne Hellstern, Christian Turrey // **Gestaltung:** Birgit Weber
(Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder)

Druck: UWS Papier & Druck GmbH, Stuttgart // **Versand:** Neckartalwerkstätten, Stuttgart
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Auflage: 750 Exemplare

Juni 2017

23.06., 18.30 Uhr, Stuttgart
»Der Haken am Kreuz« – Friedenspolitischer Stadtrundgang;
Treffpunkt St. Eberhard, Königstr. 7a;
Kosten: 7 Euro (Jugendliche: 5 Euro)

Juli 2017

15.07., 10.30 Uhr, Ottenbach
pax christi Pilgertag: Franziskusweg
(siehe Kasten in der Seitenmitte)

26.07., 19 Uhr, Stuttgart
»Die Rolle der Kirchen in Israel und Palästina«; Andrea Krogmann, Theologin und Journalistin;
Haus der kath. Kirche, Königstr. 7